

Agrarwirtschaftliche Veränderungen von 1945 bis 1995 - Persönliche Impressionen zur Rückblende und zu den Perspektiven - *)

GÜNTER FLESSNER

Sehr geehrter Herr Präsident Professor Dr. Sommer, meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FAL, liebe Gäste!

Ich danke Ihnen, Herr Professor Sommer, für das freundliche Willkommen. Ich bin gerne gekommen, weil - das haben Sie ja auch ausgedrückt - ich mich seit vielen Jahren, auch schon vor 1989, mit diesem Hause und seinen Mitarbeitern sehr eng verbunden fühle. Das 50ste Kolloquiums Jubiläum (oder dieses kleine Jubiläum, wie immer Sie das darstellen wollen) war auch die Anregung für das von mir gewählte Thema. Als ich anfang, meine Gedanken zu sammeln und zu ordnen, habe ich erst gemerkt, was ich mir da aufgeladen hatte - aber die 50 Jahre haben es mir sehr angetan. Es wird ja heute sehr viel über 50jährige Dinge gesprochen.

Meine Ausführungen werden vielleicht nicht ganz Ihren Erwartungen entsprechen, deswegen habe ich auch vorsorglich von Impressionen gesprochen. Ich darf Sie also auch ermuntern, in der anschließenden Diskussion mich beim Wort zu nehmen und auch Dinge anzusprechen, die ich heute nicht berühre, sofern Sie dazu meine Meinung hören möchten.

Vorweg ein kurzes Wort in eigener Sache. Ich bin Jahrgang 1930 und gehöre damit zu den sogenannten weißen Jahrgängen, die nicht mehr in der Bundeswehr zu dienen brauchten und die zugleich, wie Helmut Kohl sagt, mit der Gnade der späten Geburt versehen sind. Meine Familie ist von mütterlicher und väterlicher Seite her ausgesprochen bäuerlichen Geblüts, und so wurde auch ich als ältester Sohn Landwirt und bewirtschaftete mit meiner Familie einen rund 70 ha großen Betrieb im Kreise Plön, Schleswig-Holstein. Zur Zeit halten wir 80 Milchkühe. Der Betrieb ist noch im Aufbau, das soll vielleicht als Schlaglicht genügen. Meinem jüngsten Sohn wurde noch als Student im Jahre 1990 der Betrieb übertragen. Er ist der verantwortliche Manager, und ich bin in die Rolle der mit helfenden Familienarbeitskraft gerückt. Soweit meine ehrenamtlichen Tätigkeiten als Präsident der DLG es zulassen, arbeite ich im Betrieb mit. Und heute morgen habe ich mich auf den Weg gemacht, um Sie hier zu besuchen. Normalerweise ist das die Zeit, wo ich im Kuhstall stehe und melke.

Meine Damen und Herren, der zweite Weltkrieg endete im Mai 1945, und ich war gerade vierzehneinhalb Jahre alt. Nach Realschulabschluß (damals hieß es ja nicht Realschule, sondern Mittelschule) sowie Landwirtschaftslehre, Fachschulbesuch, Auslandspraktikum und Meisterprüfung habe ich dann meine Familie gegründet und übernahm im Jahre 1959 die

Bewirtschaftung unseres Familienunternehmens. In der Zeit von 1950 bis 1959 - also fast 10 Jahre - war ich in der Jugendarbeit aktiv. Ich war unter anderem vier Jahre Landesvorsitzender des Landjugendverbandes Schleswig-Holstein und wurde in jungen Jahren Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein. Von 1968-1975 war ich dann Präsident dieser Selbstverwaltungskörperschaft. Ich habe 17 Jahre als Mitglied des Landesparlamentes in Schleswig-Holstein in Kiel gewirkt und 13 Jahre hauptberuflich Politik betrieben als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Dabei möchte ich hinzufügen, daß ich schon ab 1975 und dann durch Erweiterung der Aufgaben von 1979 bis 1988 auch die wesentlichen Aufgaben des Umweltschutzes mit wahrgenommen habe, wie z. B. Naturschutz, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben - ähnlich zugeschnitten, wie es sich heute noch in Nordrhein-Westfalen unter der Führung von Klaus Mathiesen darstellt. An sich ist es eine tolle Sache, daß es in einem Land wie Nordrhein-Westfalen kein Umweltministerium gibt und daß der Landwirtschaftsminister diese Aufgaben mit wahrnimmt. Respekt vor den Leuten in Nordrhein-Westfalen, Respekt auch vor Klaus Mathiesen, das kann ich wirklich gut beurteilen. Ich habe die Aufgaben in dieser Kombination sehr gerne wahrgenommen.

Im Jahre 1988, nach den leidvollen Erfahrungen der Pfeifer/Barschel-Affäre - ich habe sie ja nun wirklich hautnah erlebt, habe ich dann der Parteipolitik - wenn Sie wollen, in engerem Sinne - ade gesagt. Mit diesen ehrenamtlichen, aber auch hauptamtlichen Aufgaben war natürlich eine Vielzahl von Tätigkeiten verknüpft, die mir insgesamt eine sehr vielseitige Erfahrung vermittelt haben. Dieser persönliche Lebensweg war von mir weder geplant noch in irgendeiner Weise gewollt. Ich glaube vielmehr, daß ich einen Teil meiner Funktionen auch dadurch erhalten habe, daß der Krieg in die Jahrgänge 1923-1927/28 ganz erhebliche, große Lücken gerissen hat.

Aber zurück zu 1945 bis 1995. In diesen 50 Jahren haben die Landwirtschaft, die Agrarwirtschaft und auch die Agrarpolitik ohne Zweifel eine der interessantesten Entwicklungsphasen in der Geschichte erfahren. Ich habe sie erlebt, habe auch fast alle maßgeblichen Führungspersönlichkeiten persönlich kennengelernt - von Adenauer bis Rehwinkel, die Bundespräsidenten von Heuss bis Herzog, alle Bundeslandwirtschaftsminister und auch alle Agrarkommissare. Dabei habe ich dann auch gelegentlich festgestellt, daß Personen oft wichtiger sind als Programme. An der einen oder anderen Stelle habe ich natürlich auch die Entwicklung fördern und hin und

*) Vortrag anlässlich des 50. FAL - Kolloquiums am 03. Februar 1995 im Forum der FAL

wieder auch mitgestalten können. Daß dabei meine Tätigkeiten sich auf Schleswig-Holstein konzentrierten, hatte ich bereits gesagt. Für mich persönlich war diese Zeit ein permanenter Lernprozeß. Das gilt auch für die Ministertätigkeit, denn es handelt sich ja bei dieser Aufgabe nicht um einen Lehrberuf. Sie wissen alle: Sachkunde kann und muß man sich erarbeiten, und solide Sachkunde ist auch das beste Fundament, von dem aus politische Entscheidungen getroffen werden sollten.

Auch Kompetenz muß man sich erarbeiten. Sachkunde und Kompetenz sind Voraussetzungen, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Erst dann können Führungskräfte Breitenwirkung erzielen, denn Führung heißt ja vorrangig die Gestaltung der Zukunft. Dafür sind kurz-, mittel- und auch langfristige Perspektiven zu entwickeln. Man muß Ziele nennen und diesen Zielen die Wege ebnen, soweit es in den eigenen Kräften steht. Ohne wissenschaftlichen Sachverstand wäre dies nicht so leicht gewesen, denn wenn man schon von Sachkunde und Kompetenz spricht, dann ist es schon notwendig, bei Zukunftsüberlegungen den fachlichen wissenschaftlichen Rat auch in Anspruch zu nehmen.

Ich habe gerne den Dialog mit namhaften Agrarwissenschaftlern geführt. Wir haben in der Zeit meiner hauptberuflichen Tätigkeit auch sehr viele Forschungsaufträge vergeben können und dadurch den Kontakt enger gestaltet. Als Präsident der DLG, einer Institution, die sich immer bemüht hat, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen, pflege ich engen Kontakt mit namhaften deutschen Agrarwissenschaftlern, besonders mit den Ökonomen. Gerade in der vorigen Woche saßen wir in Göttingen in einem kleinen Kreis zusammen, um zu diskutieren, ob es denn sinnvoll ist, eine Reform der Reform der Agrarpolitik zu betreiben. Mit einigen der auf diesem Gebiet tätigen Gutachtern haben wir uns unterhalten, und dieser Dialog ist dringend notwendig. Wenn ich dann aus der heutigen Distanz und der Beobachtung des täglichen politischen Geschehens dies ganz allgemein sagen darf, dann habe ich oft den Eindruck, daß politische Ziele für die Zukunftsgestaltung und für die Zukunftssicherung sehr kurzatmig formuliert werden. Es gibt dafür viele Beispiele. Denken wir nur an einige Konsequenzen der Wiedervereinigung.

Nun aber wieder zurück zum Jahre 1945. Auf unserem Hof haben mein Großvater und ich einige Monate die gesamten Außenarbeiten und auch zum Teil die Hofarbeiten verrichtet, bis dann Mitte des Jahres die ersten Kriegsteilnehmer - auch mein Vater - heimkehrten. Etwas Normalität, soweit es unter den damaligen Umständen überhaupt Normalität gab, trat ein. Meine Schule, die, wie ich glaube, ein dreiviertel Jahr geschlossen war, nahm ihre Tätigkeit wieder auf. In dieser Zeit und auch in den Jahren danach habe ich eine Landwirtschaft kennengelernt, wie sie ähnlich auch vor hundert Jahren im Rhythmus der Jahreszeiten betrieben worden ist. Sie wissen: Die Handarbeit überwog, die Pferdegespanne besorgten die Zugkraft und die Getreideernte wurde von Hand geborgen, weil das Bindegarn fehlte. Es war fast wie zu Schnitterzeiten. Arbeitskräfte gab es reichlich, Disteln auch, und erst in den

50er Jahren hielt die Technik in Haus und Hof Einzug. Ich erinnere mich gut an einen Schlepper aus dem Jahre 1946, den 11 PS Deutz, den man mit der Hand andrehen mußte. 1952 kam dann die Melkmaschine. Das war schon ein großer Fortschritt.

Die Produktion unseres Betriebes war vielseitig: Milchviehhaltung, Sauenhaltung und Mast, intensiver Obst- und Gemüsebau. Wir hatten allerlei Hektar an Obst und Gemüse, es gab damals ja, wie Sie wissen, Lebensmittel nur in rationierter Form. Ausnahmen waren Obst und Gemüse, das konnte man ohne Bezugsschein bekommen. Der landwirtschaftliche Betrieb war, wenn Sie wollen, nahezu autark. Man brauchte eigentlich nur Salz und Zucker zu kaufen. Alles andere war im Grunde vorhanden, und Bargeld wurde kaum benötigt.

Mit der Währungsreform im Jahre 1948 begann in Westdeutschland dann die Phase des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus. Später hat man diese Zeit als das deutsche Wirtschaftswunder bezeichnet. Es entstanden neue Arbeitsplätze in allen Bereichen, und die Arbeitsplätze wurden in der Landwirtschaft freigesetzt. Später sprach man von diesem Entwicklungsprozeß als Landflucht. Mechanisierung, Technisierung, biologischer Fortschritt, alles das kam nun auch in die Produktionsabläufe der Landwirtschaft hinein und wurde schnell umgesetzt. Ich kann mich gut an ein Buch erinnern, das damals Furore machte. Professor Friebe - vielen von Ihnen sicherlich bekannt - schrieb sein berühmtes Buch "Wer wird die Scheunen füllen?". Dies war ein Beitrag zu den sozialen Problemen der deutschen Landwirtschaft, und ich erinnere an einen Satz im Begleittext: "Die Landwirtschaft ist heute im Verbund der deutschen Wirtschaft das Schiff, das am langsamsten fährt". Das war, wie gesagt, Anfang der 50er Jahre, und in den agrarpolitischen Debatten jener Tage wurde viel über die Parität der Landwirtschaft zur übrigen Wirtschaft gesprochen. Das Ergebnis mündete dann im Deutschen Landwirtschaftsgesetz, das nach meiner Erinnerung am 01. Januar 1956 in Kraft trat. Seither gibt es die Grünen Berichte und daraus abgeleitet den sogenannten Grünen Plan. Aus den Grünen Berichten ist dann später zum 15. Februar eines jeden Jahres der Agrarbericht geworden.

Man vergleicht zwischen dem Einkommen von den in der Landwirtschaft Tätigen und dem sogenannten gewerblichen Vergleichslohn. Durch die jüngste Agrarreform der EU ist der Abstand zwischen diesen Einkommen erneut erheblich gewachsen. Warum ich das anspreche? Die Landwirtschaft ist die einzige Berufsgruppe in unserer Gesellschaft, die ihre wirtschaftliche Lage in aller Offenheit jährlich in der Öffentlichkeit darstellt.

Mich haben seinerzeit die Disparitäten weniger angesprochen. Sie waren ohnehin mehr für Eingeweihte von Interesse. Die Konsequenzen waren schon viel interessanter. Es galt ja, Maßnahmen zu treffen, um die Landwirtschaft in ihrem Anpassungsprozeß fördernd zu unterstützen. Sie sollte mit Maßnahmen, zum Beispiel aus dem Förderungskatalog des Grünen Planes, den Schritt nach vorne wagen. Dies war, wie gesagt, Aufgabe der Agrarpolitik. Mein Interesse galt mehr der Thematik "Innere Disparität". Die innere Disparität der Land-

wirtschaft ist heute groß, und sie war auch schon früher außerordentlich groß. Sie wird noch lange so bestehen bleiben, auch wenn man bemüht ist, die Bandbreite zu verringern.

Durch meine langjährige Jugendarbeit und durch meine Tätigkeit als Vorsitzender des Schul- und Ausbildungsausschusses der Landwirtschaftskammer lag ein Arbeitsschwerpunkt jener Jahre in der Modernisierung der Ausbildung. Die ersten Schritte waren die Durchsetzung eines sogenannten Fremdlehrjahres für den landwirtschaftlichen Hoferben und dem Besuch einer landwirtschaftlichen Fachschule. Heute klingt das anachronistisch, aber es war ein mühsames Brot. Ich bin mit vielen anderen wie ein Wanderprediger durch das Land gefahren, um auf diesem Sektor Resonanz zu gewinnen. Mit den Älteren war es kaum, ja fast überhaupt nicht durchsetzbar, nur durch die Bewusstseinsveränderung in der jüngeren Generation ist es gelungen, hier relativ schnell Fortschritte zu erzielen.

Als Sie mich begrüßten und nochmals die vier Schwerpunktbereiche im Forschungskatalog der FAL darstellten, habe ich an meine Diskussion von vor vierzig Jahren gedacht, als wir mit den Lehrkräften an den Fachschulen die Arbeitsgebiete neu geordnet haben. Lehrpläne und die Beratungsorganisation mußten den Veränderungen in der Landwirtschaft angepaßt werden, die Meisterprüfung wurde eingeführt, die Höhere Landbauschule - es gab eine in Schleswig, manche werden sie kennen - wurde in eine Ingenieurschule umgewandelt. Diese war ein "Highlight" in den Auseinandersetzungen der damaligen Zeit. Alle schulischen Einrichtungen wurden neu errichtet, staatliche Fördermittel waren reichlich vorhanden. Unter anderem flossen sie aus dem sogenannten "Programm Nord", das in Schleswig-Holstein vor allem im Norden und Westen des Landes sehr segensreich gewirkt hat.

Wenn man die rasante Entwicklung der Landwirtschaft in den 50er und 60er Jahren vor Augen hat, dann war die Aus- und Fortbildung der Landwirte und dann schrittweise auch die Fortbildung der unternehmerisch tätigen Landwirte die effizienteste Maßnahme überhaupt. Schleswig-Holstein hatte, historisch bedingt, in der Agrarstruktur eine Spitzenstellung. Nun war diese auch in der Produktionstechnik erreicht worden. Es waren jedenfalls ungemein produktive und erfolgreiche Jahre. Man spürte überall in der Landwirtschaft, vor allem in der jüngeren Generation, eine Aufbruchstimmung. Die Politik, die Agrarwirtschaft und auch die Agrarpolitik haben eng miteinander zusammengearbeitet. Es gab keine Reibungsverluste und dadurch auch keine Zeitverluste in der Entwicklung. Es war wirklich so, wie man sich Gestaltung und Führung eigentlich vorstellt. Aber es war auch sehr viel zu tun, und der Gestaltungsspielraum war damals viel größer, als er sich heute in der Politik darstellt.

Parallel zur Debatte über das Landwirtschaftsgesetz und über die Paritäten auf der Bundesebene liefen die Verhandlungen und Vereinbarungen über die Römischen Verträge; sie wurden 1958 verabschiedet. Sechs Länder gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Der Marsch sollte im Jahre 1968 beginnen und ist ja auch begonnen worden.

Der erste Schritt wurde mit der Landwirtschaft vollzogen, die damit zum Vorreiter der europäischen Kooperation und Integration wurde. Durch diese Entscheidung wurde Schleswig-Holstein an den Rand der EWG gedrängt, denn es war ein marktfernes Land. Unsere natürlichen Brückenfunktionen zu den skandinavischen Ländern konnten erst im Jahre 1973 nach dem Beitritt von Dänemark und jetzt ab 01. Januar 1995 durch den Beitritt von Schweden und Finnland wieder besser wahrgenommen werden. Wir liegen heute auch nicht mehr am Rande der EG. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft waren um enge Kooperation bemüht. Es wurde ein EWG-Anpassungsprogramm verabschiedet, um Land und Leute für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft fit zu machen. Das Wort "fit" gab es ja damals noch nicht im Sprachgebrauch, aber es paßt hier ganz gut hin. Im Jahre 1965 wurde z. B. das Gütezeichen Schleswig-Holstein für die aktive Absatzförderung der Agrar- und Ernährungsproduktion aus der Taufe gehoben. Es besteht seit 30 Jahren und ist überwiegend erfolgreich.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich in diesem Zusammenhang auch über die Generationen sprechen. Wir werden es immer wieder erleben, daß es Probleme und Konflikte zwischen den Generationen gibt. Diskussionen über die Generationsprobleme wurden durch Professor Georg Picht gegen Ende der 60er Jahre, als er von der deutschen Bildungskatastrophe sprach, angeregt. Die dadurch ausgelösten Unruhen sind dem einen oder anderen noch in Erinnerung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es im Grunde nicht anders, nur nicht so dramatisch. Die Kriegsgeneration war geschunden und enttäuscht heimgelkehrt, und man hat sie in der Phase des demokratischen Aufbaues oft als die "Ohne-mich-Generation" bezeichnet. Eine Generation, die sich nach all ihren Erfahrungen nicht an dem Aufbau neuer demokratischer Strukturen beteiligen wollte. Später gab es ja auch eine Arbeit von Herrn Schelsky - der eine oder andere von Ihnen wird sie gelesen haben -, der ein Buch über die sogenannte "skeptische Generation" geschrieben hat. Aus der Sicht der Landwirtschaft hat diese Generation - also die "Ohne-mich-Generation" oder die "skeptische Generation" - die Herausforderungen und Veränderungen mitgetragen. Sie hat sogar maßgeblichen Anteil an der Entwicklung einer modernen Landwirtschaft. Vor allem hat sie mitgeholfen, die Brücke zu Europa zu errichten und zu begehen, obwohl gerade die deutsche Landwirtschaft auf dem Weg zur europäischen Integration viele Opfer zu bringen hatte.

Meine Damen und Herren, wie sind die Betriebsleiterfähigkeiten im europäischen Wettbewerb einzuschätzen? Ich meine: Das Niveau, das die deutsche Landwirtschaft kennzeichnet, ist absolut wettbewerbsfähig, insbesondere in der Produktionstechnik, aber auch in der Betriebsorganisation. Unsere Schwächen sind begründet in strukturellen Nachteilen, und unsere Defizite liegen insbesondere im Bereich der Vermarktung unserer Produktion. Der Hang zur Individualität ist offenbar in der deutschen Landwirtschaft noch stärker ausgeprägt als die notwendige Hinwendung zur Marktorientierung.

Dies hat nachvollziehbare Ursachen: Die frühere Agrarpolitik des Bundes und der EWG haben mit ihren Marktordnungen eine unbegrenzte Mengenabnahmegarantie zu festen Preisen gewährt, und das verleitete zu einem bequemen Denken. Aus diesem bequemen Denken sind manche noch nicht herausgekommen, obwohl der kaufkräftigste Markt mit über 80 Millionen Verbrauchern unmittelbar vor der Haustür liegt. Länder wie Dänemark oder die Niederlande haben ihre Marktstrategien und auch ihre Überschüsse selektiert und gebündelt auf den deutschen Verbrauch und den deutschen Markt ausgerichtet. Wenn man unsere Perspektiven und Chancen auf diesem Sektor betrachtet, gehe ich davon aus, daß wir trotz aller Bemühungen - auch trotz der Bemühungen aus diesem Kreis der FAL - weitere Marktanteile verlieren werden, so bedauerlich es klingen mag.

Entscheidende Veränderungen werden sich dadurch ergeben, daß die Zahl derjenigen, die heute im Ausbildungsprozeß sind, nicht mehr ausreicht, um die vorhandenen Vollerwerbsbetriebe zu betreiben bzw. um eine ordnungsgemäße Hofübergabe zu gewährleisten. Die Zahl der Vollerwerbsbetriebe wird daher viel schneller abnehmen, als manche von uns glauben.

Damit komme ich zu einem anderen Stichwort, nämlich zur Veränderung der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft. Diese Thematik hat mich stets angesprochen und hat auch in vielen meiner Aktivitäten bis zum heutigen Tage das größte Gewicht eingenommen. Arbeit, Boden und Kapital sind ja bekanntlich die wichtigsten ökonomischen Faktoren eines landwirtschaftlichen Betriebes, und diese immer zu optimieren, ist die Aufgabe des Betriebsleiters. Vor fünfzig und auch noch vor vierzig Jahren war die Struktur der Betriebe, wie ich eingangs schon feststellte, durch Vielseitigkeit und durch große Arbeitsintensität geprägt. Im Vordergrund stand die Selbstversorgung. Mit dem schnellen Rückgang der Fremdarbeitskräfte kam auch verstärkt die Technik in die Betriebe. Der Schlepper ersetzte das Pferd. Die Elektrifizierung - man muß sich das vorstellen - erreichte die entferntesten Betriebe. Noch in den 60er Jahren gab es Betriebe, die nicht elektrifiziert waren.

Die Sauenhaltung war rückläufig oder wurde ganz eingestellt, die Melkmaschine begann ihren Siegeszug, Spezialkräfte, wie zum Beispiel Melker, wurden zu teuer. Sie verdienten damals viel. Mitte bis Ende der 50er Jahre war das schon so viel wie ein Oberregierungsrat verdiente, und das war auf Dauer nicht zu verkraften.

Also wurden die Kühe abgeschafft. Da die Landwirte in solchen Betrieben in der Regel auch nicht melken konnten, entwickelten sich in Ostholstein die ersten Ackerbaubetriebe. Fehmarn, die Insel, die einige vielleicht kennen, war die Hochburg der Schwarzbuntzucht in Schleswig-Holstein und im Grunde repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet. Heute müssen Sie auf Fehmarn mit der Lupe eine Kuh suchen. Mit anderen Worten: Der Prozeß der Spezialisierung der Betriebe begann also schon in jenen Jahren. Technischer und biologischer Fortschritt gaben natürlich die Impulse.

Am Anfang dieser Entwicklung, ich meine etwa 1949, wurden in der deutschen Landwirtschaft 26 Arbeitskräfte (AK) je 100 ha registriert. Und wenn Sie sich heute die gut organisierten Marktfruchtbetriebe in den neuen Bundesländern anschauen, dann haben wir dort einen AK-Ansatz von 0,5 bis 0,7 auf 100 ha. Allein mit dieser extremen Gegenüberstellung läßt sich darstellen, welcher Anpassungs- und Veränderungsprozeß in den wenigen Jahrzehnten erfolgt ist.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern an eine NORLA in Rendsburg, eine landwirtschaftliche Regionalausstellung. Der damalige Leiter der Beratungsabteilung der Landwirtschaftskammer, Herr Dobert - manche der Älteren werden ihn noch kennen - war ein hervorragender Mann. In einer Sonderschau zeigte er einen "Vielmeierbetrieb", so wie ich unseren eigenen bereits vorstellte - einen Gemischtbetrieb, würden wir heute sagen. Er zeigte all die Gerätschaften, über die ein solcher Betrieb im technischen und sonstigen Bereich verfügte oder in die er investiert hatte. Diesem damals typischen Betriebsbild stellte er den spezialisierten Betrieb - einen Ackerbaubetrieb oder einen mit Hühnerproduktion, wie wir sie heute kennen - gegenüber.

Ich war im letzten Jahr zweimal in Oberschlesien im Bereich Opolen und habe mir dort einige polnische Betriebe angeschaut. Es waren Betriebe, bei denen man denkt, die Zeit sei stehengeblieben. Es war wie vor dreißig oder vierzig Jahren. 7, 8, 10 oder 12 ha Land und ein Maschinenpark, wie in Schleswig-Holstein Ende der 50er Jahre. Es ist alles noch gar nicht so lange her, und es gibt heute noch Bilder, wie es vor dreißig und vierzig Jahren war. Ich bewundere auch den Mut von Kollegen von Ihnen - von Professoren, die der Meinung sind, man sollte bis zum Jahr 2000 Polen als Vollmitglied in die Europäische Gemeinschaft aufnehmen. Das wird eine Katastrophe.

Zurück zu den Arbeitskräften. Die Faktorausstattung pro Arbeitskraft hat sich durch diese gezielte Entwicklung stark verändert, und zwar in allen Betriebsarten. Am aufwendigsten ist der gewachsene Kapitalbedarf, genauer gesagt, die Kapitalintensität pro Arbeitsplatz. Die Kapitalkosten ohne das Bodenkapital der spezialisierten Marktfruchtbetriebe in den neuen Ländern, und das ist das überwiegende Profil der Betriebe, liegen zwischen 150.000 - 400.000 DM/AK. Wenn man die Gebäudekosten und die Viehbestände in Westdeutschland einbezieht, dann kann man hier, unwissenschaftlich formuliert, festhalten, daß die Kapitalkosten pro AK in der Landwirtschaft höher liegen als in heute produzierenden Industrieunternehmen, z. B. bei VW. Damit ist etwas eingetreten, was Nichtlandwirte kaum verstehen. Das Kapitalrisiko in der Landwirtschaft ist größer geworden als das Ertragsrisiko durch schwankende Witterungseinflüsse. Dieses Phänomen hat die Landwirtschaft sehr viel Lehrgeld, in manchen Bereichen auch Substanz, gekostet. Der Umgang mit nicht familieneigenen Arbeitskräften - wir nennen das Fremd-AK - ist manchen Betrieben leichter gefallen als der Umgang mit Fremdkapital.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb hatte und hat viele Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung. Die Hausbank ist nur eine Möglichkeit. So hat es in den vergangenen Jahrzehnten Aktio-

nen des Bundes und der Länder - auch des Landwirtschaftsministers Flessner - gegeben, um die gestiegenen kurzfristigen Verbindlichkeiten in mittel- und längerfristige Darlehen bzw. Kredite umzuwandeln. Wenn Sie in die letzten Agrarberichte schauen, dann besteht, was die Fremdkapitalbelastung anbetrifft, eine relativ ausgewogene Belastung. Der Lernprozeß, daß der Kredit ein Betriebsmittel darstellt, scheint also abgeschlossen zu sein. In dieser Zeit sind auch viele Betriebe als Vollerwerbsbetriebe ausgeschieden. Aber Sie können, wenn Sie das mitverfolgt haben, feststellen, daß ein Landwirtschaftsbetrieb, wenn er rückwärts geht, langsam stirbt. Es dauert einige Jahre, bis die Substanz verbraucht ist.

Trotzdem haben die Banken und auch die übrigen Partner der Landwirtschaft nur wenig Kapital verloren. Die Landwirtschaft hat die Konkursstatistik wenig oder gar nicht beeinflusst. Das ist, meine ich, auch ein Verdienst der sozioökonomischen Beratung, die man etwa vor 25 Jahren eingeführt hat. Sie hat positive Ergebnisse erbracht.

Nun, meine Damen und Herren, werden Sie natürlich fragen, wie kann man als Führungskraft solche Veränderungsprozesse bzw. Anpassungen der Betriebe, die ich ja nur beispielhaft dargestellt habe, beeinflussen? Ich meine, zunächst kann man das nur durch globale und plakative Aussagen, und diese Aussagen müssen einen hohen Bekanntheitsgrad erreichen. Ich möchte Ihnen dafür drei Beispiele nennen. Das klingt jetzt sehr subjektiv, ich bitte, mir das nachzusehen. Im Jahre 1969 - ich war knapp ein Jahr Kammerpräsident - habe ich nach einer sehr sorgfältigen Analyse der Produktionsstruktur in Schleswig-Holstein - wir haben damals eine Broschüre veröffentlicht - eine interessante Diskussion in einer Arbeitsgruppe gehabt. Heute nennt man das Projektgruppe. Ich habe damals eine Reihe von Perspektiven mitformuliert und auch publiziert und Ausschnitte in Vorträgen dargestellt. Dabei wurde unter anderem immer wieder ein Referat gehalten mit der Überschrift "Die Landwirtschaft ist zum Wachstum verurteilt". Und dieser Satz hatte irgendwie einen prägenden Charakter, weil er tatsächlich einen Beitrag zur Bewußtseinsänderung lieferte. Ich höre heute manchmal noch aus Gesprächen, daß er betriebliche und familiäre Entscheidungen zur Folge hatte.

Ein zweites Beispiel: In jenen Jahren lief der Countdown, ich hatte es ja anfangs erwähnt, zur EWG der sechs Länder. Es ging auch um die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Man schaute über die Grenze, informierte sich, kritisierte Wettbewerbsverzerrungen, unterschätzte aber die Wettbewerbslage im eigenen Lande. Deshalb habe ich immer wieder betont und begründet, daß der Wettbewerb hart ist, aber er beginnt bereits beim Nachbarn. Auch das ist ein Satz, den man immer wieder den Damen und Herren ins Stammbuch schreiben mußte.

Ein drittes Beispiel. Auch dies ist ein Satz, der verstanden worden ist: Der bäuerliche Familienbetrieb ist keine konstante Größe, und es gibt für den Einzelbetrieb auch keine staatliche Garantie. Damit habe ich zugleich das Leitbild der deutschen und europäischen Agrarpolitik angesprochen. Denn schon in den römischen Verträgen ist verankert, daß im Mit-

telpunkt der zukünftigen europäischen Agrarpolitik der bäuerliche Familienbetrieb stehen sollte. Man ist zu Recht davon ausgegangen, daß dies die vorherrschende Betriebsart in den sechs Ländern war. Und obwohl meine Familie über Generationen einen solchen typischen Betrieb bewirtschaftet hat, habe ich die zum Teil emotional geführte Debatte, was denn nun eigentlich dieser Familienbetrieb sei - d. h. die Debatte über seine Definition - nie verstanden. Ich erinnere an die Diskussion "Produktionsstruktur des Familienbetriebes". In einem gesonderten Kapitel wird darauf eingegangen, daß bei der Ausrichtung eines Betriebes anzustreben sei, 2 Vollarbeitskräfte zu beschäftigen. Daß dies nicht Realität wurde, hatte andere Gründe. Jedoch war das ein vernünftiges Ziel, um zu ausgewogenen sozialen Verhältnissen in den Betrieben zu gelangen.

Nach meinem Ausscheiden aus der Politik habe ich den offiziellen Stellungnahmen der Länderagrarminister und auch des Deutschen Bauernverbandes entnommen, daß der bäuerliche Familienbetrieb zwar gefördert werden sollte, aber man keine "Agrarfabriken" begünstigen wolle. Auch Herr Kiechle als damaliger Minister erklärte, er wolle keine Politik des Wachsens oder Weichens. Ich meine, Aussagen dieser Art haben Wirkung, ja sie haben in vielen Betrieben und Familien sogar Unheil angerichtet. Denn manche Betriebe sind dadurch viel zu lange weitergeführt worden. Es ist nichts Ehrenrühriges, wenn man als Landwirt vom Haupterwerb in den Nebenerwerb umsteigt oder sogar den Betrieb an seinen Nachbarn verpachtet, weil der vielleicht der tüchtigere und bessere Landwirt ist. Das Wort "Agrarfabrik" sollte aus dem agrarpolitischen Wortschatz in der Bundesrepublik Deutschland gestrichen werden. Der bäuerliche Familienbetrieb wird nämlich im Europa der fünfzehn Länder, die wir ja nun darstellen, im Jahre 2000 und auch im Jahre 2010 repräsentativ sein, weil auch dann noch dieser Betrieb die vorherrschende Betriebsart repräsentieren wird.

Ein derartiger Betrieb wird aber nicht mehr im Mittelpunkt der Agrarpolitik stehen. Ich habe noch vor wenigen Tagen in Berlin mit Herrn Heereman, dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, darüber diskutiert. Er hat ganz klar definiert, daß aus der Sicht des Berufsstandes derjenige Betrieb eine Zukunft hat, der leistungs- und wettbewerbsfähig ist. Jawohl, diese Aussage kann man nur begrüßen. Daß dabei die Wiedervereinigung und die Strukturdebatte, die dort geführt wurde, auch diese Meinungsänderung beeinflusst hat, sei hier nur am Rande erwähnt. Im Jahre 1989 habe ich in einem Leitartikel kurz nach der Wende darauf hingewiesen, daß wir eine Debatte führen werden über eine Strukturentwicklung, wie sie sich jetzt abzeichnet. Wir werden also eine Vielzahl von Betriebsunternehmensformen haben. Damals hat das noch Ärger ausgelöst, und ich habe dann auch einige "freundliche" Briefe bekommen. Führen heißt nach meiner Meinung, daß man nicht nur vordenken muß, sondern daß man dann auch die Dinge ansprechen muß, wenn man sie für richtig hält. Wir werden uns jetzt auf den leistungsfähigen und wettbewerbsfähigen Betrieb einstellen, und das Gros dieser Betriebe wird bäuerlichen Charakter haben.

Meine Damen und Herren, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik bedeutet, wenn man die Agrarbedingungen der letzten 40 oder 45 Jahre zugrunde legt, eine Systemänderung der bisherigen Politik. Wenn Sie mit Landwirten darüber diskutieren, stellen Sie immer wieder fest, daß im Grunde jeder Betrieb - egal, wie er organisiert ist - sich betroffen fühlen und sich mit den Konsequenzen beschäftigen muß. So bekommt die ganze Entwicklung in der Agrarwirtschaft neue Impulse. Diese werden auch dadurch verursacht, daß es häufig eine gesicherte Hofnachfolge nicht gibt. Nach einer Umfrage des Deutschen Bauernverbandes - Sie können diese Information in dem Situationsbericht des letzten Jahres nachlesen - ist in Bayern nur in 41 % aller Betriebe eine gesicherte Hofnachfolge vorhanden, in Schleswig-Holstein sind es nur 38 %. Die Zahl der Auszubildenden ist in der Zeit von 1991 - 1992 in Deutschland um 24 % zurückgegangen. Das sind also schon Entwicklungen, die darauf hindeuten, daß wir neue Impulse in den Strukturanpassungen bekommen werden - sowohl durch die systemändernde Politik, aber auch aufgrund anderer Entwicklungen.

Wenn Sie die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft auf dem heutigen Niveau mit den zukünftigen Anforderungen messen, greife ich ein Beispiel von Minister Borchert auf. Im Jahre 1950, so hat es Minister Borchert in Berlin kürzlich dargestellt, ernährte ein Landwirt 10 Verbraucher. Im Jahre 1995 sind es 80 Verbraucher, und wenn Sie sich einen leistungsfähigen Betrieb in Ost- oder in Westdeutschland vorstellen, gibt es viele, in denen sogar 160 und 200 Verbraucher von einer Arbeitskraft versorgt werden können. Das heißt, der Trend ist deutlich erkennbar und die Folge wird sein - ich sag das auch mal etwas plakativ - daß ein reiner Marktfruchtbetrieb mit westdeutschen Festkosten in einer Größe von 150 ha, meinetwegen auch bis 200 ha, in Zukunft nicht mehr eine ausreichende Grundlage bieten wird für ein Familieneinkommen und für die Entwicklung des Betriebes. Er wird entweder ein Neben-erwerbsbetrieb oder er sucht Kooperationspartner.

Ein anderes Beispiel: Die Milchviehhaltung, mit oder ohne Quote, wird nach meiner Einschätzung eine Domäne des bäuerlich strukturierten Betriebes bleiben. Aber der Durchschnittsbestand pro Betrieb wird erheblich schneller steigen als in der Vergangenheit. Wenn man bedenkt - Herr Professor Smidt, Sie sind schon frühzeitig weltweit herumgekommen -, daß in Irland und Neuseeland der Stand der Technik Anfang der 70er Jahre bereits 100 Milchkühe/AK war, dann können Sie sich vorstellen, was wir an Nachholbedarf haben. Die Einführung der Milchmengengarantieregelung war eine politische Erfahrung, die ich nicht gern noch einmal machen möchte und die ich auch nicht jedem wünsche. Es war ein politischer Kraftakt, der den Dorffrieden in vielen Gemeinden ganz erheblich belastet hat. Die politischen Debatten waren zum Teil schwer erträglich, denn die Europäische Gemeinschaft hatte ja ihre Politik durch die Einführung dieser Reform sozusagen um 180 Grad gedreht.

Ich denke an die vielen Betriebe, die gerade mit öffentlichen Mitteln einen Laufstall bauten, geschehen unter dem Motto "Althofsanierung". Diese hatten zum Zeitpunkt der Ein-

führung noch nicht die geplante Kuhzahl und Milchmenge, und plötzlich sollten sie dann mit einer neuen, unzureichenden Quote auskommen. Das heißt, solche Betriebe hatten Anspruch auf Vertrauensschutz. Diese Auseinandersetzungen haben in meinem Fall dazu geführt, daß zwei Nachbarn mit mir nicht mehr reden und mich auch nicht mehr einladen, obwohl ich ja gar nichts dafür kann. Ich war nur dafür, daß solche Betriebe Vertrauensschutz genießen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an einen Ausspruch von Minister a. D. Ertl, "der Mangel ist leichter zu verwalten als der Überfluß." Ein Satz, den man sehr wohl unterstreichen kann. Nur - wie regelt man die Dinge? Nach 11 Jahren Erfahrung mit der Milchquote kann man sagen, daß die Mehrheit der Landwirte letztlich diese planwirtschaftlichen Regelungen akzeptiert hat. Es hieß ja vor der Einführung, wir senken die Menge, aber dafür bekommen die Landwirte einen höheren Preis, das heißt, ein stabileres Einkommen. Sechs bis sieben Jahre hat in der Tat diese Aussage gegriﬀen. Die Lagerbestände wurden abgebaut, und die Einkommen der Futterbaubetriebe, die ja nie in der Spitzenposition standen, waren gut bis befriedigend. Die Produktion ist nun aber in dieser Zeit in etwa stabil geblieben, jeder Betrieb versucht seine Quote auszuschöpfen. Vor der Einführung waren solche Verhaltensweisen nicht zu beobachten. Doch nun ist der Verbrauch plötzlich rückläufig, insbesondere bei Butter. Aus irgendwelchen Gründen empfehlen die Ärzte, weniger Butter zu essen, und davon wird auch Gebrauch gemacht. Die Butter ist so billig wie vor 20 oder vielleicht sogar 30 Jahren. Die derzeitige EG-Quote bedeutet eine Selbstversorgung von etwa 110 - 112 %, und wenn man Expertenmeinungen Glauben schenken darf, daß die GATT-Vereinbarungen sich auswirken werden, dann ist zu befürchten, daß ein Produktionsvolumen von etwa 120 % Ende dieses Jahrhunderts die Folge sein wird. Die Verwertung der Milch ist zudem rückläufig und nähert sich der 50-Pfennig-Grenze. Hier ist dringender politischer Handlungsbedarf geboten, und ich denke auch, wissenschaftlicher Handlungsbedarf wäre notwendig, vielleicht ist die FAL hier schon involviert. Der Bundesminister ist dafür, daß man nach dem Jahre 2000 ein Quotensystem beibehält. Er ist offen für Vorschläge. Davon gibt es viele. Ich möchte mich nicht an diesen Überlegungen beteiligen, jedenfalls zunächst noch nicht.

Nun, meine Damen und Herren, wir haben die Wiedervereinigung erleben dürfen und dabei einen Prozeß verfolgt, der zum Teil auch aus Ihrem Kreise mitgestaltet wurde. Eine Region, die 45 Jahre unter sozialistischer Planwirtschaft betrieben wurde, paßte sich nun den Bedingungen der Europäischen Union und den Bedingungen der Agrarwirtschaft an. Ich meine, wir haben alle ein bißchen den Atem dieses historischen Prozesses empfinden dürfen. Es würde den Rahmen meiner Überlegungen sprengen, wenn ich zu sehr in die Details ginge. Doch einige Gedankensplitter möchte ich denn doch hier vortragen.

Auf Einladung der früheren Agrarwissenschaftlichen Gesellschaft der DDR, der AWIG - sie war aus der sogenannten DLG-Ost gebildet worden, ich glaube im Jahre 1948/49 -

waren Herr Ertl und ich im Jahre 1988 einige Tage Gäste dieser Gesellschaft in der ehemaligen DDR. Wir lernten, wie es sich gehört, Musterbetriebe kennen, unter anderem dabei auch die größte LPG. Es waren mehrere Betriebe mit insgesamt 37000 ha. Wir waren Gäste in Leipzig und Gäste auf der AGRAR. Wegen der Kontakte zwischen der AWIG und der DLG - damals war ja schon ein bißchen Lockerung erkennbar, die Grenze sollte durchgängiger gemacht werden - bedurfte es auch des politischen Segens, und so war ich mit Herrn Ertl zusammen zum ersten und zum letzten Mal Gast im Politbüro in Berlin. Dort lernte ich den zuständigen Mann, einen Herrn Krolkowski - den Namen werde ich auch nicht vergessen - kennen, der uns diesen erbetenen Segen auch gab. Es erschien ein Team der "Aktuellen Kamera" und nahm unser Gespräch auf. Krolkowski sagte dann: "Sehen Sie, Herr Kollege Ertl, das ist der Unterschied zwischen Westdeutschland und der DDR: Sie haben keine Macht über Ihre Medien." Als dann im August 1989 die Bilder mit den jungen Familien in den Botschaften in Budapest und Prag um die Welt gingen, habe ich an diesen Satz gedacht. So ändern sich die Zeiten.

Als wir dann im Jahre 1991 seitens der DLG eine "DLG-Agrar" in Leipzig durchführten, hat sich die AWIG, mit der wir nach wie vor Verbindung hatten, durch Beschluß aufgelöst. Es war kein nationales Unglück, aber es waren bewegende Stunden.

Im früheren "Arbeiter- und Bauernstaat" arbeiteten 850000 oder auch 870000 Menschen in der Landwirtschaft. Heute sind es nach der offiziellen Statistik 150000 - 170000. Nach meiner Einschätzung täuscht diese Zahl, denn man hat auch die ABM-Kräfte und auch andere durch Förderungsmaßnahmen gestützte Personen hier mit einbezogen. In der Landwirtschaft im engeren Sinne gibt es nach meiner Schätzung nur knapp 100000 Beschäftigte. Innerhalb von drei bis vier Jahren wurden also über 700000 Arbeitskräfte freigesetzt. Bei diesen Werten müßte man rote Ohren bekommen, denn eine solche einschneidende Veränderung der Arbeits- und Sozialstruktur ist für mich ohne Beispiel in unserer Geschichte. Übrigens trifft auch das gleiche Zahlenverhältnis auf die agrarwissenschaftlichen Forschungskapazitäten der früheren DDR zu, die nach meiner Information bis zur Wende bis zu 20000 Beschäftigte in den verschiedensten Bereichen hatte.

Was geblieben ist, brauche ich Ihnen ja nicht noch deutlicher zu sagen. Wir haben uns auf unser soziales Netz verlassen. Die Landwirtschaft und auch die Instrumente der Agrarpolitik können jedoch soziale Aufgaben in solchen Dimensionen überhaupt nicht lösen. In den Medien wird heute über vieles berichtet, aber über die Auswirkungen auf die Beschäftigungsstrukturen in den ohnehin dünn besiedelten ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer wird viel zu wenig berichtet. Die Abwanderungsquote junger Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise lag in den letzten Jahren monatlich bei 2000. Ich bin oft von Jugendlichen gefragt worden: "Soll ich denn nun hierbleiben, soll ich hier eine Lehrstelle anfangen?" Ich habe ihnen den persönlichen Rat gegeben: "Geht erst einmal nach Westdeutschland, ihr könnt ja später zurückkommen."

Hier ist ein ganz erheblicher Abwanderungsprozeß eingetreten. Wer soll nun, wenn man bedenkt, daß ja eine Überalterung in den ländlichen Gebieten eintritt, die dortige Infrastruktur erhalten? Am Tage der Deutschen Einheit, dem 03. Oktober 1993, habe ich in Schwerin einen Beitrag zu diesem Thema vorgetragen. Ich habe darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, einen vernünftigen Länderfinanzausgleich und, darauf ausgerichtet, einen entsprechenden kommunalen Finanzausgleich zu finden, damit auch dünn besiedelten Gebiete - es gibt ja weite Bereiche, wo unter 40 Personen pro Quadratkilometer leben - lebensfähig und würdig gestaltet werden können.

Man sagte mir, die im vorigen Jahr gefundene Bund/Ländervereinbarung über den Länderfinanzausgleich soll angemessen sein. Ich habe nicht die Fakten zur Verfügung, um dies beurteilen zu können. Es wäre aber sehr zu begrüßen, wenn die FAL bei ihren verdienstvollen Beiträgen für die Entwicklung der ländlichen Räume auch ihr Interesse in diese Richtung lenkt. Wo gibt es denn sonst heute noch Anwälte für diese Belange? Ohne Sachverstand wird sich nichts bewegen.

Ich schweife deshalb ganz kurz ab, um Ihnen ein Beispiel aus den 70er Jahren aus Schleswig-Holstein zu erläutern. So wie der Minirock ja mal in Mode kam, gab es damals den Trend zur Flächenkonzentration. Das galt für alle öffentlichen Institutionen. So entstanden Ferienzentren, und so ist das große Industriegebiet in Brunsbüttel entstanden. Gebietsreformen kamen in Mode. Landesplanung und Raumordnung wollten Bebauung nur noch in sogenannten zentralen Orten zulassen. Diese Absicht hat dann bei uns zu einer lebhaften, kontroversen Diskussion und zu einer Kursänderung geführt. Es wurden nicht alle Schulen konzentriert, wie es in manchen Ländern der Fall gewesen ist. Es wurde erreicht, daß auch in den Dörfern ohne Zentralfunktion wieder gebaut werden durfte. Es gab sogar danach vorübergehend eine Renaissance des "Ländlichen". Sie ist dann durch die beiden Energiekrisen unterbrochen worden, die wir in den 70er Jahren miterlebt haben. Im Grunde ist aber ein latenter Wunsch in der Bevölkerung spürbar, sich mit dem "Ländlichen" zu verbinden. Es wäre wünschenswert, wenn in der Politik Voraussetzungen geschaffen würden, damit neben Leben und Wohnen auch das Wirtschaften auf dem Lande lukrativ bleibt - auch in den dünn besiedelten Gebieten weiter Regionen in Ostdeutschland.

Nun ein drittes Beispiel aus der Wiedervereinigung. Im Jahre 1988 bei meinem offiziellen Besuch in der DDR lernte ich auch das "DDR-Schwein" kennen. Professor Ellendorf weiß das auch: Streßunempfindlich, reichlich fett, aber dafür geschmackvoll. Die Bürger der DDR waren Weltmeister im Fleischverbrauch, insbesondere bei Schweinefleisch. Ich lernte auch den "Schweinepapst" der DDR kennen, Herrn Professor Pfeiffer. Uns verbindet heute noch ein freundschaftlicher Kontakt. Diese Tiere waren gezüchtet auf die damaligen Bedingungen. Hinsichtlich der Preis- und Qualitätsnormen war dieses Tiermaterial überhaupt nicht wettbewerbsfähig. Es war daher auch nicht erstaunlich, daß die Schweinefleischproduktion in den neuen Bundesländern so stark zurückge-

gangen ist, denn die Zuchtbestände mußten umgestellt oder ausgetauscht werden. Trotzdem wurden mit Mitteln der Europäischen Gemeinschaft Schlachthöfe gebaut. Manche sind noch heute im Bau und die Kapazitäten bisweilen nicht ausgelastet.

Ich habe den Herren Ministerkollegen in den Jahren 1990, 1991 und 1992 gesagt: Seid vorsichtig bei Euren Schlachthofstrukturplänen. Überdenkt sie, fördert nicht zu viel. Aber es ist wie mit den eigenen Kindern. Man gibt ihnen guten Rat und man weiß auch, daß man recht hat, aber befolgt wird er nicht. Die Minister haben gesagt: "Wir wollen Wertschöpfung betreiben" - die geschaffenen Überkapazitäten belasten heute die gesamte Fleischwirtschaft in der Bundesrepublik.

Wenn ich zehn Jahre jünger gewesen wäre, hätte ich Lust gehabt, noch einmal mit einem meiner Söhne in den neuen Bundesländern anzufangen. Ich hätte mir einen Marktfruchtbetrieb ausgewählt und einen Zweitbetrieb mit 200 Kühen. Die Schweine wären sicherlich in die letzte Priorität gerückt, obwohl bei uns der Sachverstand für Schweineproduktion vorhanden ist. Doch wir müssen damit rechnen, daß wir hier noch weitere Marktanteile verlieren werden.

Unabhängig davon darf ich festhalten, daß in der kurzen Zeit die Landwirte in den neuen Bundesländern unseren großen Respekt und unsere Hochachtung verdient haben. Das, was sie in dieser kurzen Zeit geleistet haben, ausgehend vom damaligen System bis hin zu den neuen Bedingungen, das ist schon eine historische Leistung, die man nicht hoch genug einschätzen kann. Es gibt Betriebe, von denen man heute schon weiß, daß in den nächsten Jahrzehnten ihre Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, nun zu einem anderen Thema. Die Landwirtschaft ist im Verbund mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Dennoch stellt man die Landwirtschaft nicht mit der übrigen Wirtschaft auf eine Stufe. Letzte Woche fand das berühmte Spitzengespräch beim Kanzler statt. Die Spitzenvertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften waren eingeladen. Der Bauernpräsident war nicht eingeladen. Er hat sich nicht darüber beklagt. Offenbar unterliegt der Stellenwert der Landwirtschaft in der Gesellschaft anderen Wertskalen. Das ist ja keine neue Feststellung. Vielleicht liegt es daran, daß jeder Mann essen muß und daher jeder weiß, daß die Bauern ihren Beitrag für die Ernährung leisten.

Der Bauer bewirtschaftet den größten Teil unserer Kulturlandschaft, überwiegend sogar als Eigentümer. Die Ansprüche der Gesellschaft an eine funktionsfähige Kulturlandschaft haben sich geändert, das brauche ich Ihnen im einzelnen hier nicht darzustellen. Das gewachsene Umweltbewußtsein hat sich im positiven Sinne gewandelt. Man weiß, das man die Landwirtschaft benötigt und als Partner braucht. Die Landwirtschaft produziert tatsächlich gesellschaftliche Ansprüche, die noch nicht mit einem Marktwert versehen sind. Er hat, wenn Sie so wollen, einen politischen Wert.

Diese veränderten Ansprüche haben auch die Ziele der Agrarpolitik verändert. Sie wurden auf die gesellschaftlichen Anforderungen hin erweitert. Zum Teil sind solche Anpas-

sungsprozesse durch Konflikte entstanden, Zielkonflikte sind auf einem solchen Weg nicht zu vermeiden. Als ich vor zwanzig Jahren - zuständig für den Naturschutz - Artenschutzprogramme proklamierte, unter anderem z. B. für den Seeadler- und den Weißstorchschutz, haben mich die Bauern einen Vogelminister genannt. Die Errichtung eines Nationalparks "Nordfriesisches Wattenmeer" an der Westküste unseres Landes Schleswig-Holstein hatte damals die wohl schwierigsten Debatten ausgelöst. Es entspricht offensichtlich der bäuerlichen Mentalität, mit dem Rücken zur Wand zu argumentieren - das heißt, erst einmal dagegen zu sein, um dann aus der Defensive heraus neue Wege zögernd mitzugehen. Bauern sind ja in ihrer großen Mehrheit konservativ. Und Konservatismus - Sie können alle Lexika bemühen - bedeutet Bewahrung. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine ganz besondere Aufgabe der Landwirte. Ähnlich hatte ich auch in der CDU argumentiert, und die süßsauren Reaktionen sehe ich noch heute vor mir.

Meine Damen und Herren, eine offensive Haltung und eine offensive Politik ist in aller Regel der bessere Weg. Trotzdem füge ich hinzu: Bei aller Kritik hat sich der bäuerliche Berufsstand - damit meine ich den Deutschen Bauernverband - eine anerkannte gesellschaftliche und politische Position erarbeitet.

Manche werden fragen, wie ich diese Feststellung belegen will. In fast allen benachbarten Ländern gibt es mehrere Bauernverbände. Auch in Schweden, dort hat sich erst vor zwei oder drei Jahren eine Interessengruppe von Pächtern zusammengeschlossen. Wir hatten auf der DLG-Wintertagung einen Referenten aus Schweden. Dieser sagte, daß in seinem Land der Stellenwert der Landwirtschaft sozusagen auf den Nullpunkt gesunken sei. Man habe dort die Landwirte wegen ihres Umweltverhaltens "Schurken" genannt, so der deutschsprechende Schwede. Daran können Sie sehen, wie weit die gesellschaftliche Achtung der Landwirte in Schweden abgesunken ist. Ich halte es trotz aller manchmal auch belastenden Auseinandersetzungen für notwendig, daß die Landwirtschaft auch hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungen ein Sprachrohr hat, und dieses Sprachrohr ist bei uns der Deutsche Bauernverband.

Als erfahrener Politiker meine ich, daß eine Minderheit in einer pluralistischen Gesellschaft - vor allem dann, wenn sie sich noch spaltet - überhaupt kein Gehör findet, es sei denn, sie verhält sich wie Greenpeace. Am wenigsten erreicht man durch Schweigen. Man muß sich artikulieren und man muß argumentieren. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit sind auch heute noch anerkannte, gesellschaftliche Tugenden. Daraus wächst, so meine ich, Vertrauen. Der Deutsche Bauernverband ist sicherlich keine grüne Großmacht mehr, aber er findet immer noch Gehör. Auf alle Fälle findet er mehr Beachtung als der Zusammenschluß auf europäischer Ebene.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. 50 Jahre Landwirtschaft waren ein ständiger Umstellungs- und Anpassungsprozeß. Der landwirtschaftliche Betrieb hat sich total verändert. Viele Betriebe wurden aufgegeben, andere wurden umgewandelt. Die Leistungen und Erträge sind ge-

stiegen, entsprechend auch die Produktion. Die Verbraucher haben den größten Nutzen daraus ziehen können, denn sie haben in dieser Zeit auch ihre Wünsche verändert. Die Landwirtschaft hat ihren zentralen gesellschaftlichen Auftrag, nämlich die Ernährungssicherung, übererfüllt. Aus den Not- und Mangeljahren 1945 - 1948 sind die Jahre der Butterberge und anderer Halden entstanden. Die Politik hat große Weichenstellungen eingeleitet, ich denke in diesem Zusammenhang an die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, an die Römischen Verträge und an das Landwirtschaftsgesetz - Entwicklungen, die auch zukunftsorientiert waren. Es wäre natürlich reizvoll, diese historische Phase in eine Synopse mit Gewinn und Verlust aufzuarbeiten. Aus meiner ganz persönlichen Sicht ist der Gewinn im Maximum, und dafür nenne ich Beispiele.

Erstens: Der Verbraucher hat den größten Nutzen. Als die Lebensmittel rationiert waren, mußten noch über 50 % des Einkommens, in vielen Fällen sogar 70 %, für die Ernährung ausgegeben werden. Heute sind es unter 20 %. Die Preise für Lebensmittel sind zum Teil niedriger als vor 20 Jahren. Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten immer Beiträge zur Inflationsdämpfung geleistet, und dies in der Regel auf eigene Kosten.

Zweitens: Die ursprünglich zahlreichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind in andere Wirtschaftsbereiche oder Dienstleistungsbereiche abgewandert und haben dort der Gesamtentwicklung gedient. Die Landwirtschaft hat hohe gesellschaftliche Anforderungen erfüllt. Sie hat, so meine ich, unsere Anerkennung verdient.

Drittens: Der zum Teil immense Strukturwandel hat keine Erosionen und keine sozialen Härten ausgelöst, wenn ich an meine Großeltern denke. Sie waren bäuerlichen Geblüts, es gab zahlreiche Kinder, das war ja nun früher so üblich und die sozialen Nöte auf diesen Betrieben waren groß. Scharenweise wurde ausgewandert. Die Flessners stammen eigentlich aus Ostfriesland und nun gibt es ein Buch über die Flessners in den Vereinigten Staaten. Soviel ich weiß, ist von meiner Familie nach dem Krieg keiner ausgewandert. Wenn man an die sozialen Härten im vorigen Jahrhundert und auch noch in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg denkt, waren die Zeiten damals nicht so golden, wie immer gerne dargestellt wird.

Manche grundlegende Kursneubestimmung auf den Betrieben konnte im Generationswechsel vollzogen werden. Die zunehmende Zahl von Nebenerwerbs- oder Zuerwerbsbetrieben ist als ein positives Ergebnis des Wandels zu betrachten. Es wurde das Eigentum erhalten, Vermögen gesichert und die Besiedelung auf dem Lande gewährleistet. Die Dörfer haben zwar ihr Gesicht verändert, aber den ländlichen Charakter bewahrt. Wandel ist nun mal das entscheidende Merkmal einer sozialen Marktwirtschaft. Wer als Unternehmer glaubt, man könne am status quo festhalten, der gefährdet seine Zukunftschancen.

Die Wiedervereinigung war eine besonders große Leistung. Die Opfer, die wir alle dafür gebracht haben und auch in Zukunft durch steuerliche Belastung erbringen werden, haben

sich nach meiner Einschätzung gelohnt, wenn auch mancher Geldbetrag nicht sinnvoll eingesetzt ist.

Der entscheidende Beitrag dieser Jahrzehnte ist jedoch die schrittweise vollzogene Zusammenarbeit in den europäischen Ländern. Dies ist die Lehre und die Konsequenz aus den großen Kriegen. Sie ist kein Gottesgeschenk und auch kein ausschließliches Ergebnis von Staatskunst. Das Zusammenwachsen der Völker in Frieden und Freiheit erfordert einen breiten Konsens in der Bevölkerung, der gefunden wurde. Die Landwirtschaft hat durch ihre Vorreiterrolle wichtige Bausteine für die europäische Integration gesetzt.

Ich kann das auch sehr persönlich ausdrücken. Als meine Tochter mir ihren heutigen Mann, einen jungen Bretonen namens Pascal, vorstellte und ich fragte, "muß es denn unbedingt ein Franzose sein - es gibt doch Schleswig-Holsteiner", antwortete sie, damals in Münster studierend, "Du warst doch immer für Europa, Vati!" Sehen Sie, und so habe ich also heute zwei Enkelkinder, die haben nun eine deutsche und eine französische Staatsbürgerschaft.

Unsere Politik hat positive Ergebnisse erbracht. Insofern hat sich der Einsatz gelohnt. Ich danke Ihnen.

Verfasser: F l e s s n e r, Günter, Minister a. D., Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Vorsitzender des Kuratoriums der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL).